

1815/J XXI.GP

Eingelangt am: 31.01.2001

ANFRAGE

Der Abgeordneten Heidrun Silhavy und GenossInnen an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit betreffend geplanten Abbau des ArbeitnehmerInnenschutzes

Die ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen dienen insbesondere der Gewährleistung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzes der Beschäftigten am Arbeitsplatz und einer menschengerechteren Gestaltung der Arbeitswelt. Hohe Schutzstandards bedeuten letztendlich eine Risikominimierung für die ArbeitnehmerInnen und damit nicht nur eine höhere Sicherheit für körperliche und seelische Gesundheit der arbeitenden Menschen sondern auch Vermeidung von betriebs- und volkswirtschaftlichen Folgekosten.

Nun sind Ihre Pläne bekannt geworden, die Einsatzzeiten der Betriebsmediziner kürzen zu wollen und die Arbeitsinspektion mit einer Ankündigungspflicht bei Betriebskontrollen zu versehen.

Deshalb stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit folgende

Anfrage:

1. Wie stellen Sie qualitativ und quantitativ den Schutz der ArbeitnehmerInnen sicher, wenn Sie eine Reduktion der Mindesteinsatzzeiten von Arbeitsmedizinern und Sicherheitsfachkräften anstreben?
2. Wie werden Sie bei verkürzten Einsatzzeiten die notwendige Beziehung von ArbeitspsychologInnen ermöglichen?
3. Welche Maßnahmen sind seitens Ihres Ressorts gegen Mobbing und andere Formen des Psychoterrors am Arbeitsplatz geplant?
4. Werden Sie innerhalb der Regierung dafür eintreten, dass durch Mobbing und anderer Formen des Psychoterrors am Arbeitsplatz verursachte Krankheiten als Berufskrankheiten anerkannt werden?
5. Stress und Stressfolgeerscheinungen belasten immer stärker die Gesundheit der berufstätigen Menschen. Werden Studien seitens ihres Ressorts hinsichtlich der Gesundheitsgefährdung durch Stress und Leistungsdruck vergeben? Wenn ja: Wann und mit welchem Ausschreibungswortlaut?
6. Welchen finanziellen Mitteleinsatz planen Sie seitens des Ressorts ihr Stressursachen und Stresskomponentenforschung auszugeben?
7. Welche Initiativen setzen Sie in ihrem Ressort zur Verbesserung der gesundheitlichen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit den von ÖVP und FPÖ beschlossenen Verschlechterungen bei den vorzeitigen Alterspensionen?
8. Welche Erhebungsschwerpunkte sind im Jahr 2001 im Bereich der Arbeitsinspektion vorgesehen?